

## Bürgerbegehren gem. § 8 b Hessische Gemeindeordnung "Kein teures PPP am Platz der deutschen Einheit"

Mit meiner Unterschrift beantrage ich die Durchführung eines Bürgerentscheides gem. § 8 b Hessische Gemeindeordnung zur folgender Fragestellung:

**Sind Sie dafür, dass eine Bebauung des Platzes der deutschen Einheit (bundesligataugliche Sporthalle, Gewerbe, Aufenthaltsfläche) nicht dergestalt an einen Investor in einem laufenden Vergabeverfahren vergeben wird, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden die geplante Sporthalle anmietet und dass deswegen das Vergabeverfahren beendet (aufgehoben) werden soll?**

### Begründung:

Eine sinnvolle Bebauung des Platzes der deutschen Einheit mit Aufenthaltsqualität für die Bewohner des Westends sowie neue Sporthallenkapazitäten für die Elly-Heuss-Schule und für Bundesligahallensport sind seit langem überfällig. Infolge eines Architektenwettbewerbes soll auf dem Platz der deutschen Einheit in einem Baukomplex eine bundesligataugliche Sporthalle und ein Geschäftshaus errichtet werden. Weil die LH Wiesbaden gewünscht hat, dass eine "repräsentative Stadthalle mit sportlicher Nutzung" entsteht und wegen des sumpfigen Untergrundes (Faulbrunnen, anerkannte Kaltwasserheilquelle) hat sich inzwischen ergeben, dass die Baukosten für die Sporthalle mindestens 16,5 Mio €, vermutlich aber weit mehr, betragen. Im Jahr 2007 hat Oberbürgermeister Dr. Müller die Kosten auf ca. 7 Mio € beziffert! (WK 21.04.2007)

Nun ist bekannt geworden, dass die Stadt die Sporthalle nicht bezahlen und in Eigenregie betreiben will, sondern durch den Investor bauen lassen und anmieten will. Laut Presseberichten soll die Nettokaltmiete im ersten Jahr ca. 4 Mio € und in den Folgejahren 2,5 Mio € jährlich betragen. Hinzu kommen jährliche Bewirtschaftungskosten von ca. 500.000,-- € und die üblichen Indexsteigerungen nach Lebenshaltungskosten. Es soll eine Anmietverpflichtung über 30 Jahre beschlossen werden.

Die Gesamtbelastung für die Stadt läge daher bei knapp 100 Mio €.

Bei der schlechten Haushaltslage der Stadt und dem Ende 2009 festgestellten zusätzlichen Defizit von ca. 100 Mio € und der nochmaligen Verschärfung der Haushaltslage in diesem Jahr kann sich die Stadt das Vorhaben nicht leisten. Es wird zu prüfen sein, ob das Großvorhaben ganz aufgegeben wird und Alternativen untersucht werden. Eine Schulsporthalle für die Elly-Heuss-Schule war mit ca.4-5 Mio.€ Baukosten geschätzt worden, eine bundesligataugliche Sporthalle an einem anderen Standort mit ca.5 Mio.€ bei ca.6 Monaten Bauzeit.

Würde man die Bebauung, wie geplant, an den Investor vergeben, gingen die von der Stadt einzusetzen den Gelder (knapp 100 Mio € auf 30 Jahre)

- den im Zentrum der Stadt "gesetzten" Projekten Stadtmuseum und Rhein-Main-Halle verloren;
- dringend notwendigen Schulsanierungen, der Gewährleistung einer ausreichenden Anzahl von Kindertagesstättenplätzen, der Erfüllung von Pflichtaufgaben im sozialen Bereich etc. verloren.
- der Finanzierung des Nulltarifs für Vereine bei der Nutzung der Wiesbadener Sporteinrichtungen verloren, so dass über kurz oder lang Nutzungsgebühren zu Lasten der Vereine drohen.

### Kostendeckungsvorschlag:

Ein Verzicht auf die Investorenvergabe ist finanziell allemal günstiger als der geplante Bau und die Anmietung der Sporthalle. Wenn die Vergabeentscheidung an den Investor entfällt, kann dieser Aufwendersatz für die Erstellung seines Angebotes verlangen. Egal ob dieser sich im Bereich bis zu 100.000,-- € oder darüber bewegen wird, ist dies für die LH Wiesbaden immer noch günstiger als die bauliche Realisierung durch den Investor.

Vertrauenspersonen des Bürgerbegehrens sind: 1. Manuela Schon, Römerberg 9, 65183 Wiesbaden (DIE LINKE Wiesbaden, Kreisvorsitzende) / 2. Mathias Päßler, Graf-von-Galen-Str. 14, 65197 Wiesbaden (SPD Rheingauviertel/Hollerborn) / 3. Peter Silbereisen, Wilhelminenstr. 30, 65193 Wiesbaden (Schauspieler)

Mit der Unterschrift wird das Einverständnis zur Einholung einer Bescheinigung des Wahlrechts beim Wahlamt erklärt. Weitere Unterschriften auch auf der Rückseite

Lfd. Nr.	Name	Vorname	Geburtsdatum	Wohnort	Straße, Nr.	Datum der Unterschrift	Persönliche, eigenhändige Unterschrift	Verm. d. Beh.
1								
2								
3								
4								

Abholen und Abgeben von Listen: c/o DIE LINKE. Wiesbaden, Römerberg 9. 65183 Wiesbaden

Infos an die Vertrauenspersonen und über das Bürgerbegehren: m.schon@dielinke-wiesbaden.de, Tel: 0611-3086498

## Bürgerbegehren gem. § 8 b Hessische Gemeindeordnung "Kein teures PPP am Platz der deutschen Einheit"

"Bürgerbegehren gemäß § 8b Hessische Gemeindeordnung (Kein teures PPP am Platz der deutschen Einheit). Seite 2. Den umseitigen Antrag auf Durchführung eines Bürgerentscheides, den ich mit meiner Unterschrift unterstütze, habe ich zur Kenntnis genommen.

Hinweis: Gültig sind nur einmalige Unterschriften von Deutschen und EU-Staatsangehörigen, die zum Zeitpunkt der Unterschrift das 18. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens 3 Monaten mit Hauptwohnung in Wiesbaden gemeldet sind. Bitte deutlich lesbar schreiben. Mit der Unterschrift wird das Einverständnis zur Einholung einer Bescheinigung des Wahlrechts bei dem Wahlamt erklärt."

Lfd. Nr.	Name	Vorname	Geburtsdatum	Wohnort	Straße, Nr.	Datum der Unterschrift	Persönliche, eigenhändige Unterschrift	Verm. d. Beh.
5								
6								
7								
8								
9								
10								
11								
12								
13								
14								
15								
16								
17								
18								
19								
20								

Abholen und Abgeben von Listen: c/o DIE LINKE. Wiesbaden, Römerberg 9. 65183 Wiesbaden

Infos an die Vertrauenspersonen und über das Bürgerbegehren: [m.schon@dielinke-wiesbaden.de](mailto:m.schon@dielinke-wiesbaden.de), Tel: 0611-3086498